

**Fragen an die Oberbürgermeister-Kandidaten 2017**

**1.) Natur- und Umweltschutz-Beirat**

Die BN Ortsgruppe schlägt die Einrichtung eines Natur- und Umweltschutz-Beirats vor. Dieser ist bei allen städtischen Vorhaben, welche Umwelt- und Naturschutzbelange betreffen, mit einzubinden. Die Vertreter des Beirats erhalten bei der Behandlung der Themen in den entsprechenden Gremien Rederecht.

**Frage: Befürworten Sie die Einrichtung dieses Beirats?**

**Antwort Hr. Raff**

Einem Natur- und Umweltschutz-Beirat, der sich an den Kriterien und Vorgaben der anderen Beiräte der Stadt Fürstenfeldbruck orientiert, stehe ich durchaus offen gegenüber. Ich glaube, dass dieser, wie die anderen Beiräte auch, dem Stadtrat und dem Oberbürgermeister gute Zuarbeit leisten kann und die Bevölkerung über den Beirat auch eigene Ideen einbringen könnte.

**Antwort Hr. Heimerl**

Ich befürworte die Einrichtung eines solchen Beirats, bei der Zusammensetzung und dem Aufgabenspektrum kann die Satzung des Umweltbeirats der Stadt Germering als Vorbild dienen. Bei der Entscheidung über ein Rederecht muss jedoch eine Regelung für alle Beiräte Fürstenfeldbrucks getroffen werden, um eine demokratische Grundlage für eine solche Neuerung zu haben und allen Beiräten die gleichen Rechte zuzugestehen. So könnten die jeweiligen Vorsitzenden bei den sie betreffenden Tagesordnungspunkten dieses Recht erhalten.

**Antwort Hr. Runge**

Ja, ich befürworte und empfehle die Einrichtung eines derartigen Beirates. Wichtiger als die Frage nach dem Rederecht halte ich es noch, Stellungnahmen des Beirates zu Entscheidungen der Stadt zu den einschlägigen Themen einzuholen und diese dann bei der Entscheidungsfindung ernsthaft zu gewichten.

**Wertung:**

Eins ist bei allen drei Bewerbern klar: Unabhängig davon, ob es einen neuen Beirat gibt oder nicht. Entscheiden wird auch in Zukunft weiterhin der Stadtrat. Und dieser kann auch jederzeit dem Beirat in einer Sitzung das Wort erteilen. Wir fürchten nur, dass das von der Stadtratsmehrheit meist vermieden wird, weil man die Meinung eh schon durch schriftliche Stellungnahme des Beirats kennt und sich diese manch unbequeme Meinung ersparen möchte. Das Abstimmungsverhalten pro Wirtschaft und gegen Natur- und Umweltschutz steht meist vor Beginn der Sitzung bereits schon fest. Eine ernsthafte Gewichtung in Anbetracht der drohenden Klimakatastrophe ist eine Illusion!

1

1

1

**2.) Flächenversiegelung**

Die Versiegelung der Böden in der Bundesrepublik geht unvermindert weiter, obwohl Experten seit Jahren davor warnen. Dies gilt auch für den Landkreis und die Stadt Fürstenfeldbruck. Aktuell beträgt der Flächenfraß in Bayern 13 ha/Tag, zumindest eine Reduzierung auf 5 ha/Tag wäre dringend geboten.

**Frage: Wie wollen Sie der Thematik Rechnung tragen bei einer gleichzeitigen voranschreitenden Siedlungsentwicklung von Fürstenfeldbruck?**

**Antwort Hr. Raff**

Von einer überdurchschnittlichen Bodenversiegelung durch Neubauten ist die Stadt durch eine umsichtige Planung sehr weit weg.  
Die Stadt hat sich zum Ziel gesetzt, vorhandenes innerstädtisches „Bauland“ nachzuverdichten, bevor neues Bauland ausgewiesen wird. Dazu ist auch angedacht mehrgeschossige Gebäude zu erstellen, was allerdings schon im Vorfeld von angrenzenden Grundstückseigentümern sehr skeptisch gesehen und beklagt wird. Das schränkt die Stadt in ihren Planungen auch hinsichtlich unnötiger Flächenversiegelung wieder stark ein.  
Zu beachten ist, dass wir im Großraum München liegen und wir uns den Gegebenheiten des Siedlungsdrucks stellen und auch dem Wunsch von Bürgern nachkommen müssen. Und dies bedeutet eben auch neue Baugebiete

auszuweisen. Bei den Grundstücks- und Baupreisen bleibt es nicht aus, dass manchmal mehr Fläche bebaut werden muss, damit das eigene Heim finanziert werden kann. Durch die mit Stadtratsbeschluss verabschiedete „Prioritätenliste“ ist gewährleistet, dass mit den Planungen und Umsetzungen von bisher unbebauten Grundstücken sehr bedacht und sorgsam umgegangen wird.

**Antwort Hr. Heimerl**

Die Stadt hat bereits erste Schritte getan um dem Rechnung zu tragen, indem der Stadtrat der Nahverdichtung einen Vorrang vor weiterer Flächenversiegelung gegeben hat. Dies ist notwendig um einen sinnvollen Einsatz mit der endlichen Ressource Fläche zu gewährleisten. Wir werden jedoch bei der derzeitigen Situation auf dem Wohnungsmarkt nicht gänzlich auf weitere

Flächenausweisungen verzichten können, natürlich müssen dabei auch die Belange des Umweltschutzes mit bedacht werden.

**Antwort Hr. Runge**

Besonders in Bayern und hier wiederum im Großraum München schreit die Flächenversiegelung rasant voran. Tag für Tag verschwindet großflächig wertvoller Boden. Hier wollen und müssen wir gegenhalten. Grünflächen in städtischem Besitz sind nur mehr begrenzt und in besonders gut begründeten Fällen für eine Überbauung zur Verfügung zu stellen. Grundsätzlich gilt es, Brachflächen im Innenbereich neu zu bebauen und dabei auch eher in die Höhe zu gehen, als weiteres Bauland auszuweisen.  
Über entsprechende Regelungen in der Bauleitplanung kann weitere übermäßige Bodenversiegelung abgewehrt bzw. zumindest verringert werden, etwa indem das Fördern flächenverzehrender „Bunker-/Dachlandschaften“ durch die Vollgeschoßregelung der Bayerischen Bauordnung nicht zum Tragen kommt. Selbstverständlich werde ich mich dafür einsetzen, dass die Stadt keinesfalls von der Abschaffung des Anbindegebotes Gebrauch macht, wie sie mit der letzten Änderung des Landesentwicklungsprogramms (LEP) bedauerlicherweise vorgenommen wurde.  
Ganz grundsätzlich: Die Stadt sollte mitwirken an der Schaffung von preisgünstigem Wohnraum. Hier gibt es verschiedene Förderöpfe und Instrumente wie SOBON. Es gehört zu den Pflichtaufgaben der

Stadt, wohnungslose Fürstenfeldbrucker Bürgerinnen und Bürger unterzubringen. Auch gilt es, und das ist die größere Herausforderung, für Menschen, die wichtige Dienste für die Stadt und ihre Bürger erbringen, gleichzeitig aber ein relativ geringes Einkommen haben, wie etwa Kinderpflegerinnen, Polizisten oder Seniorenhelfer, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und anzubieten. Ich bin allerdings der Auffassung, dass die Umlandgemeinden, so auch die Stadt Fürstenfeldbruck, nicht das von der Landeshauptstadt München geschaffene Missverhältnis zwischen Wohnraum und Arbeitsplätzen beseitigen können und dies auch nicht über das Mehren von Baurecht und das Ausweisen neuer Baugebiete für Wohnungsbau in großem Stil versuchen sollten. Denn es ist unwahrscheinlich, dass niedrigere Wohnungspreise das Ergebnis eines deutlichen Zuwachses des Wohnungsbestandes hier im Ballungsgebiet wären. Umgekehrt würde eine Forcierung des Zustroms in den Großraum München drohen, die Überhitzung würde eben nicht eingebremst, sondern weiter angefacht werden. Gleichzeitig würden mit starkem Anwachsen der Bevölkerungszahl die Infrastrukturaufgaben und -ausgaben der Stadt massiv ansteigen.

**Wertung:**

Während Hr. Raff sich "den Gegebenheiten des Siedlungsdrucks stellen" will und meint, "dem Wunsch der Bürger nachkommen" zu "müssen", und auch Hr. Heimerl glaubt, "bei der derzeitigen Situation ... nicht gänzlich auf weitere Flächenausweisungen verzichten" zu "können", sieht Hr. Runge die Ursache des derzeitigen Siedlungsdrucks und der Wohnungsnot in dem "von der Landeshauptstadt München geschaffenen Missverhältnis zwischen Wohnraum und Arbeitsplätzen" und warnt vor dem Versuch, zu glauben, die Münchner Probleme könnten "über das Mehren von Baurecht und das Ausweisen neuer Baugebiete" auf Brucker Flur gelöst werden. Eine zu hohe Verdichtung muss deshalb laut Hr. Runge abgewehrt werden.

0

1

2

3.) Artenvielfalt		
Die Stadt FFB hat das Abkommen zur Biodiversität noch nicht unterzeichnet.		
Frage: Wären Sie bereit, das Abkommen zu unterzeichnen und welche konkreten Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Artenvielfalt in unserer Stadt zu schützen und zu erhöhen?		
Antwort Hr. Raff	Antwort Hr. Heimerl	Antwort Hr. Runge
<p>Grundsätzlich bin ich ein naturverbundener Mensch, der die Natur in seiner Vielfalt genießt und auch schützt. Die Stadt versucht im Rahmen ihrer Möglichkeiten Räume für eine Tier- und Pflanzenvielfalt zu schaffen, ohne dabei den Menschen mit seinen Bedürfnissen und die der Gewerbebetriebe zu vergessen.</p> <p>Ich bin der Meinung, dass alles zusammen möglich ist. Die Stadt hat einige Projekte angestoßen und auf den Weg gebracht, die hier nicht alle Einzeln aufgezählt werden können. Dazu gehört aber z. B. die Kartierung, Festlegung und damit Beibehaltung oder auch Wiederherstellung von Grünzügen durch unser Stadtgebiet. Dies ist ein konkreter Beitrag zur Biodiversität.</p> <p>Grundsätzlich stehe ich allen Abkommen offen gegenüber, wenn sie die Belange von Mensch, Natur und Tier entsprechend ihrer Bedeutung beinhalten und berücksichtigen.</p>	<p>Ich wäre bereit das Abkommen zu unterzeichnen, hierbei können wir uns mit der Gemeinde Eichenau und dem Landkreis abstimmen, die ja beide bereits zu den Unterzeichnern gehören.</p> <p>Die Aufgabe die Artenvielfalt in der Stadt zu schützen und wenn möglich zu erhöhen ist eine große Aufgabe. Deshalb will ich auf den bereits bestehenden Konzepten der Umweltministerien Bayerns und des Bundes, sowie einem Prozess mit den Verbänden und einem zu gründenden Umweltbeirat für Fürstenfeldbruck einen Gesamtplan entwickeln wie wir diese Ziele erreichen können.</p>	<p>Claro wäre ich bereit, dieses Abkommen für die Stadt zu unterzeichnen, wobei bekanntlich ein entsprechender Stadtratsbeschluss Voraussetzung für die Unterschrift wäre. Für einen derartigen Beschluss werde ich mich einsetzen, schließlich setzt die Stadt ein Zeichen, indem sie das Abkommen unterstützt.</p> <p>Auf innerstädtische Grünflächen, aber auch auf Straßenbegleitgrün könnten zum Beispiel vermehrt Blühwiesen entstehen. Blühwiesen sind für uns schön anzusehen, sie locken Bienen „zur Arbeit“ an und dienen in Konsequenz dem Erhalt der Artenvielfalt.</p>
<b>Wertung:</b>		
Das Abkommen unterzeichnen wollen alle. Hr. Raff verweist auf die bereits laufenden Maßnahmen der Stadt "im Rahmen ihrer Möglichkeiten" und sieht diese auf Grund seiner positiven Bewertung anscheinend als ausreichend an, will aber gleichzeitig dabei nicht "den Menschen mit seinen Bedürfnissen und die der Gewerbegebiete vergessen". Wie das in der Realität aussieht konnte und kann man bei den Stadtratsentscheidungen zur Betriebsweiterung der Fa. Schleifring, bei der Bebauung des Kester-Haeusler-Parks und beim neuen Bebauungsplan Fliegerhorst sehen. Grünoasen und Grünzüge werden beschnitten und bebaut. Hr. Runge setzt dagegen auf die Aufwertung von Grünflächen in der Stadt. Hr. Heimerl schlägt dazu sogar eine interkommunale Zusammenarbeit und die Erstellung eines Gesamtplanes zusammen mit Verbänden und dem neuen Umweltbeirat vor.		
1	2	1

<b>4.) Wertvoller alter Baumbestand</b>		
Die aus verschiedensten Gründen vermehrte Fällung von wertvollem, altem Baumbestand in unserer Stadt hat in letzter Zeit die Gemüter der Brucker Bürger/innen immer wieder stark erhitzt.		
<b>Frage: Wie wollen Sie mit dieser Problematik umgehen und halten Sie die Einführung einer Baumschutz-Verordnung für angebracht?</b>		
<b>Antwort Hr. Raff</b>	<b>Antwort Hr. Heimerl</b>	<b>Antwort Hr. Runge</b>
Bei jedem Bauvorhaben, bei dem Bäume gefällt werden müssen, wird sorgfältig geprüft, ob eine Fällung unbedingt erforderlich ist. Es ist manchmal auch eine Definition, was wertvoller alter Baumbestand ist. Der Einführung einer Baumschutzverordnung stehe ich eher kritisch gegenüber. Die bürokratischen Hürden, die auf den einzelnen Grundstücksbesitzer, auf dem z.B. ein alter Baum steht, würden sich unverhältnismäßig erhöhen. Dazu kommen die Erfahrungen aus Kommunen mit einer Baumschutzverordnung, in denen die Einsätze von Feuerwehren und Baumschneidefirmen nach einem Sturm wesentlich höher sind als in Kommunen ohne. Dass dort, wo ein Baum entnommen wird, ein neuer gepflanzt werden muss, dass hielte ich für sinnvoll.	Die Fällungen die in der letzten Zeit vorgenommen worden sind, waren zum Teil verschiedenen anderen Bestimmungen, so dem Dammschutz an der Amper oder aber verschiedenen Krankheiten geschuldet, welche die Bäume befallen hatten. Eine Baumschutzverordnung halte ich dennoch für sinnvoll, allerdings muss klar geregelt sein, dass auch Ausnahmen möglich sind und für welche Bäume die Verordnung gilt.	Bäume sind von großer Wichtigkeit für das Mikroklima in der Stadt, aber auch für das Stadtbild. Das Baumkataster der Stadt ist zu überprüfen und gegebenenfalls zu überarbeiten. Die Einhaltung der einschlägigen Festsetzungen in den Grünordnungs- und Bebauungsplänen ist besser zu kontrollieren. Auch sollte im Stadtrat über die Einführung einer Baumschutz-Verordnung diskutiert werden, so wie sie sich in zahlreichen benachbarten Kommunen durchaus bewährt hat. Genannt sei hier als konkretes Beispiel die Gemeinde Gröbenzell. Bereits im Jahr 1977 wurde der Gemeinde der Erlass einer Baumschutz-Verordnung von der Regierung von Oberbayern im Zuge der Genehmigung des Flächennutzungsplanes empfohlen. Zwar kommt es im Zuge der hin und wieder anstehenden Novellierung der Verordnung zu Diskrepanzen über einzelne Punkte, aber: sämtliche Fraktionen im Gemeinderat stehen hinter dem Regelwerk als solches! Vergleicht man die Luftbilder Gröbenzells mit denen seiner Nachbarkommunen, dann wird die Wirksamkeit der Verordnung deutlich.
<b>Wertung:</b>		
Hr. Raff meint, dass der Baumschutz in der Stadt schon ausreichend ist, und sieht den bürokratischen Aufwand einer BaumschutzVO kritisch. Hr. Heimerl sieht die Notwendigkeit verschiedener Fällungen in der letzten Zeit gerechtfertigt, hält aber eine BaumschutzVO trotzdem für sinnvoll. Hr. Runge hebt die "große Wichtigkeit" der Bäume "für das Mikroklima in der Stadt, aber auch für das Stadtbild" hervor, verweist darauf, dass sich die BaumschutzVO "in zahlreichen benachbarten Kommunen durchaus bewährt hat", und möchte die VO im Stadtrat diskutieren.		
<b>0</b>	<b>1</b>	<b>2</b>

## 5.) Energie- und Verkehrswende

Die Klimaerwärmung schreitet unerbittlich voran. Eine sofortige Energie- aber auch radikale Verkehrswende ist erforderlich, denn der aktuelle Verkehr auf unseren Straßen verursacht bis zu 30% der CO<sub>2</sub>-Emissionen und ist damit maßgeblich für die Klimaerwärmung verantwortlich. Mit dem Beitritt der Stadt 2012 zum Europäischen Konvent der Bürgermeister hat sich die Stadt zu 35% CO<sub>2</sub>-Einsparung bis 2020 verpflichtet, was ca. 15% weniger PKW-Fahrten bedeutet.

**Frage: Wie wollen Sie dieses Ziel samt PKW-Reduzierung bis 2020 erreichen, und mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie vor allem die Verkehrsprobleme in der Innenstadt lösen?**

### Antwort Hr. Raff

Mit der Einstellung von drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich speziell um die Themen Energie, Umweltschutz und Verkehr kümmern, hat die Stadt gezeigt, dass ihr diese Themen eine Herzensangelegenheit sind. Neben dem Beitritt zum Konvent der Bürgermeister, wurde die Stadt auch Mitglied im ADFK, hat Fördergelder für die Entwicklung der E-Mobilität erhalten und einen Verkehrsentwicklungsplan auf den Weg gebracht, der von einer renommierten Firma die nächsten zwei Jahre begleitet wird. Darüber hinaus wurden kleinere Projekte auf dem Sektor Energie auf den Weg gebracht. Zum Thema Verkehrswende ist es so, dass hier durch den Bau von Radwegen nicht nur die Verkehrssicherheit der Radfahrer und Fußgänger erhöht wird und werden soll, sondern vor allem die Bevölkerung animiert werden soll, verstärkt das Fahrrad zu nutzen.

Darüber hinaus wird nicht nur im Stadtgebiet das Angebot des ÖPNV verbessert, sondern auch mit einer Taktverdichtung in die umliegenden Gemeinden mit einem S-Bahnanschluss, wie z.B. nach Maisach, das Angebot erhöht. Die Verkehrsprobleme der Innenstadt können nur durch eine Verlegung der Bundesstraße 2 gelöst werden, was die Mehrheit des Stadtrates im Juli 2014 verhindert hat. Eine Verlegung, die den Durchgangsverkehr und einen großen Teil des Ziel- und Quellverkehrs aufnimmt, kann die Stadt erst wieder in 14 Jahren beantragen. Ungeachtet dessen erarbeitet die CSU mit mir als amtierenden Bürgermeister Planungen, wie der Schwerlastverkehr aus der Innenstadt „verbannt“ werden kann. Dazu werden intensive Gespräche mit dem Straßenbauamt als Straßenbaulastträger und der Regierung von Oberbayern als verkehrsrechtliche Genehmigungsbehörde geführt und auch Vorschläge z.B. einer Längenbeschränkung und/oder einer Tonnagebeschränkung über die Amperbrücke geführt.

### Antwort Hr. Heimerl

Um eine Reduzierung des PKW-Verkehrs zu erreichen und damit auch auf die Probleme der Innenstadt einzugehen will ich eine Reihe von Maßnahmen ergreifen. Zum ersten müssen die Alternativen zum Auto, Fuß- und Radverkehr durch bessere Verbindungen in der Stadt gestärkt werden. Zum zweiten muss unser bereits gut genutztes ÖPNV-Netz ausgebaut und auch auf die S-Bahn besser abgestimmt werden, so dass auch hier eine noch bessere Alternative zum Individualverkehr entsteht. Zum dritten muss das Thema Car-Sharing stärker angegangen

werden. Wir sind gerade im Begriff ein solches System in Fürstenfeldbruck zu installieren, dafür müssen jedoch auch infrastrukturelle Voraussetzungen, wie Parkplätze speziell für diese Autos geschaffen werden. Zum vierten wird es auch darum gehen, das Thema Elektromobilität weiter zu fördern, indem ein dichteres Netz an Ladesäulen errichtet wird, auch über die Stadtgrenze, gemeinsam mit dem Landkreis, hinaus. Auch die städtischen Fahrzeuge müssen auf E-Fahrzeuge umgerüstet werden, so dass die Stadt hier mit gutem Beispiel vorangeht.

### Antwort Hr. Runge

Was die Führung der B 2 durch den Stadtkern Fürstenfeldbrucks betrifft, so ist m.E. das Versprechen einer Problemlösung durch den Bau eines neuen Trassenstücks unredlich und unrealistisch. Langfristig gilt es, den Beschluss des Stadtrates umzusetzen und die B 2 auf die A 8 oder auf die seit mehr als 20 Jahren ausgewiesene LKW-Umfahrung (für LKW ab 16 t) zu verlegen. Dadurch würden wenigstens Ortsfremde, die sich auf ihr Navi verlassen, nicht durch die Innenstadt fahren. Der Durchgangsverkehr beträgt bekanntlich aber nur 13-15 % des gesamten Verkehrs. Eine Verringerung der Belastung durch die 85 % Ziel- und Quellverkehr in der Hauptstraße ist nur durch ein Bündel verschiedener Maßnahmen möglich:

- Die Erstellung eines neuen Verkehrsentwicklungsplanes mit umfangreicher Verkehrszählung. Über letztere erhalten wir aktuelle Zahlen, können realistisch prüfen und die tatsächliche Verkehrsbedeutung der B 2 und anderer wichtiger Straßen ermitteln.
- Prüfung und ggf. dann Planung und Realisierung von Kreisverkehren, um den Verkehr zu verflüssigen.
- Die Verringerung des Park-Suchverkehrs durch ein intelligentes Parkleitsystem.

Die Sperrung der Amperbrücke für Fahrzeuge mit mehr als 12 t und B47zusätzlich aus Sicherheitsgründen auch der Hauptstraße. Der enge Kurvenradius am Rathaus/Dachauer Str. führt immer wieder zu Gefährdungen für Fußgänger und Radfahrer. Grundsätzlich setze ich mich ein für weitere Verbesserungen und mehr Sicherheit für Fußgänger und Fahrradfahrer. So gilt es voranzubringen:

- Die Umsetzung des Beschlusses vom Mai 2015 zur Verkehrssicherheit, zu Tempo 30-Zonen, Tempo 30 rund um Schulen und Kindereinrichtungen.
- Ein Sicherheitskonzept für die Schulwege, das gemeinsam mit den Schulen erarbeitet und umgesetzt werden soll.
- Weitere Verbesserungen für Radfahrer (Leihradkonzept, Sicherheitsstreifen usw.).

Zur Förderung der E-Mobilität ist bei Maßnahmen des Straßenbaus und des städtischen Hochbaus, aber auch in der Bauleitplanung das Schaffen von Ladeinfrastruktur vorzusehen.

<b>Wertung:</b>		
<p>Hr. Raff will das Ziel 25% CO2-Einsparung bis 2020 durch die Förderung des ÖPNV und Radverkehrs erreichen, und verweist auf den in Arbeit befindlichen Verkehrsentwicklungsplan, und seine Aktivitäten zur Tonnagebeschränkung in der Innenstadt. Hr. Heimerl möchte darüberhinaus auch Carsharing und Elektromobilität stärker fördern und sieht in all diesen Maßnahmen auch die Lösung der Verkehrsprobleme in der Innenstadt. Hr. Raff ist dagegen nach wie vor der Meinung, dass die Verkehrsprobleme in der Innenstadt "nur durch eine Verlegung der Bundesstraße 2 gelöst werden" können. Hr. Runge findet "das Versprechen einer Problemlösung durch den Bau" einer B2-Umfahrung "unredlich und unrealistisch" und verweist auf den Stadtratsbeschluss von 2014, die B2 auf die A8 zu verlegen, oder zumindest auf die südliche LKW-Umfahrungsrouten um die Stadt. Die Lösung der Verkehrsprobleme in der Innenstadt sieht er im Verkehrsentwicklungsplan und durch ein ganzes Bündel von Maßnahmen zur Förderung der Fuß- und Radverkehrs, Fahrradverleih und Förderung der Elektromobilität, Verkehrsberuhigungs- und -lenkungsmaßnahmen, ein intelligentes Parkleitsystem und Tonnagebeschränkung in der Innenstadt.</p>		
<b>1</b>	<b>2</b>	<b>3</b>
<b>6.) S4-Ausbau</b>		
<p>Die Straßen nach München sind im Berufsverkehr jetzt schon komplett verstopft, die S4 ist überfüllt. Die Verbesserung des S4-Angebots ist für die Metropolregion München und für FFB dringend erforderlich. Aber statt konkretem Handeln hören die Pendler seit über 25 Jahren nur regelmäßig vollmundige Versprechungen.</p>		
<b>Frage: Was wollen Sie für die deutliche Verbesserung des S4-Angebots tun?</b>		
<b>Antwort Hr. Raff</b>	<b>Antwort Hr. Heimerl</b>	<b>Antwort Hr. Runge</b>
<p>Von der bayerischen Staatsregierung und der Bahn wurde beschlossen, die S 4 dreigleisig von München-Pasing bis Eichenau auszubauen. Der Kreistag von Fürstenfeldbruck hat einstimmig beschlossen die bayerische Staatsregierung aufzufordern alles daran zu setzen, dass der Ausbau der S 4 in den vorrangigen Ausbauplan aufgenommen wird. Wenn diesem Wunsch entsprochen wird, dem sich die Stadt Fürstenfeldbruck voll anschließt, könnte mit dem Ausbau 2019 begonnen werden.</p> <p>In Verhandlungen mit der bayerischen Staatsregierung und der Bahn wurde erreicht, dass der Bahnsteig 1 in Fürstenfeldbruck so ausgebaut wird, dass dort Regionalzüge halten können. Das führt zur Entlastung der S 4 und verbessert deutlich das Angebot für Pendler, die mit einem Zwischenstopp in Pasing und der Möglichkeit des Umstiegs in die S-Bahn direkt und schneller zum Hauptbahnhof München</p>	<p>Die Stadt und auch die anderen Anrainerkommunen der S4 setzen sich zusammen mit dem Bündnis für den S4-Ausbau seit geraumer Zeit für den Ausbau der Strecke ein. Bisher wurden wir jedoch immer von der Staatsregierung vertröstet bzw. die Versprechungen wurden nicht eingehalten. Dies darf aber nicht bedeuten, dass wir mit unseren Bemühungen aufhören. Gemeinsam mit den anderen Kommunen, sowie dem Landkreis müssen wir mit Nachdruck an die Staatsregierung appellieren, im nun stattfindenden Prozess der Gesamtplanung für den Münchner S-Bahnverkehr,</p>	<p>Seit der Bahnreform sind die Bundesländer für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) zuständig. Deshalb würde ich mit Nachdruck von Forderungen an Staatsregierung und Bayerischem Landtag fordern:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1) Sich mit Nachdruck für den zügigen viergleisigen Ausbau des Westarmes der S 4 mindestens bis Buchenau einzusetzen.</li> <li>2) Einer Durchfinanzierungsgarantie des Freistaates Bayern und einer Vorfinanzierung aus Mitteln des Freistaates für das Projekt Ausbau des Westarmes der S 4 zuzustimmen.</li> <li>3) Zusätzliche Regionalzughalte über die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG) bis zum Zeitpunkt einer besseren S-Bahn-Bedienung zu verlangen.</li> <li>4) Keinesfalls Taktverschlechterungen für die S 4 zuzulassen.</li> </ol> <p>Gemeinsam mit den Bürgermeistern und den Stadt- und Gemeinderäten der von der S 4 bedienten Kommunen werde ich für die Durchsetzung dieser Forderungen kämpfen. Die S 4 ist gehört zu den S-Bahn-Linien, die vor ihrer Einbindung in die Stammstrecke die meisten Fahrgäste haben. Ausgerechnet die S 4 hat aber keine eigenen Gleise, muss also im Mischverkehr fahren (neben den S-Bahnen Regional-, Fern- und Güterverkehr).</p>
<p>mit all seinen ÖPNV-Anschlüssen fahren. Darüber hinaus teilte die Bahn mit, dass nach dem elektrifizierten Ausbau der Strecke München – Zürich Express-S-Bahnen eingesetzt werden, mit denen auch der S-Bahnhof Buchenau angefahren wird. Es werden auch weiterhin Gespräche mit der Obersten Baubehörde und der Bahn geführt, die als Ziel die</p>	<p>den Ausbau der S4 mit möglichst hoher, wenn nicht sogar der höchsten Priorität, einzustellen. Dafür wird ein gemeinsames Vorgehen der Stadt auch mit unseren Landtagsabgeordneten aller Parteien notwendig sein.</p>	<p>Dringend notwendige Investitionsmaßnahmen wie beispielsweise die Entschärfung des Engpasses „Westkopf Pasing“ und der Ausbau bis Buchenau oder besser bis Grafrath wurden und werden immer wieder zugesagt, dann aber auch immer wieder in die weitere Zukunft verschoben. Gerade aber der Zwangspunkt „Westkopf Pasing“ wie auch generell der Mischverkehr sorgen für jede Menge an Verspätungen, die dann wiederum in die Stammstrecke und anschließend in das gesamte S-Bahn-Netz getragen werden.</p>

<p>Verbesserung des Zugangebotes zwischen Fürstenfeldbruck-Buchenau, dem Bahnhof Fürstenfeldbruck und der Stadt München haben.</p>		<p>Bereits im August 1991 erhielt die damalige Bundesbahn den Auftrag, Investitionsmaßnahmen zur Einführung des 10-Minuten-Taktes in der Hauptverkehrszeit für die Strecke zwischen Pasing und Buchenau zu planen. Mitte 2003 versprachen Bayerns Wirtschafts- und Verkehrsminister Otto Wiesheu und Bahnchef Hartmut Mehdorn, den Ausbau der Strecke nach Buchenau so voranzutreiben, dass bis zum Jahr 2009, spätestens aber bis 2010 der 10-Minuten-Takt möglich sei. Mit den Beschlüssen der Bayerischen Staatsregierung (23. März 2010) und des Landtages (14. April 2010) mit einer Mehrheit aus CSU, FDP und SPD zum Bahnknoten München wurde jedoch entschieden, dass der S 4-Ausbau nicht mehr erste Priorität genießen und, wenn überhaupt, nur mehr bis Eichenau geführt werden soll. Zu diesem Zeitpunkt wurde dann auch im und vom damals zuständigen Bayerischen Wirtschaftsministerium erklärt, die Strecke nach Buchenau künftig im 15-Minuten-Takt bedienen zu wollen, wofür keinerlei Investitionsmaßnahmen nötig seien.</p>
		<p>Mit dem aktuell von der Staatsregierung vorgetragenen und vom Bayerischen Landtag abgesegneten Finanzierungskonzept für die zweite Münchner S-Bahn-Stammstrecke droht der Ausbau der S 4 gänzlich aufs Abstellgleis gesetzt zu werden. Denn die auch für den S 4-Ausbau vorgesehenen Finanzmittel werden für Jahrzehnte durch die Inanspruchnahme für das Milliardenprojekt zweite Stammstrecke blockiert. Auch ist das Fahrplankonzept für die S 4, welches für den Zeitpunkt der Inbetriebnahme der zweiten Stammstrecke vorgesehen ist, so gestaltet, dass nach Auffassung der Verantwortlichen von Staatsregierung und DB AG kein Ausbau notwendig ist. Bemerkenswert am aktuell geplanten Fahrplankonzept ist zudem, dass es in den Abendstunden zu Taktausdünnungen vom jetzigen 20-Minuten-Takt auf einen 30-Minuten-Takt kommen soll. Der für tagsüber vorgesehene 15-Minuten-Takt dürfte aufgrund der Trassenüberlastung, zumal nach Elektrifizierung der Bahnstrecke nach Lindau und einem Zuwachs an Fernverkehr, nur mehr mit noch größerer Fahrplanuntreue zu bewältigen sein. Auch der zuletzt ins Gespräch gebrachte dreigleisige Ausbau bis nach Eichenau kann hier kaum Abhilfe schaffen.</p>
<p><b>Wertung:</b></p>		
<p>Hr. Runge ist seit Jahrzehnten ein vehementer Verfechter für den Ausbau der S4 und hat das nötige Hintergrundwissen und größte Fachkompetenz. Hr. Heimerl hebt die Bedeutung hervor, dass beim S4-Ausbau alle Anrainerkommunen und Landtagsabgeordneten aller Parteien an einem Strang ziehen müssen, um erfolgreich zu sein. Das war in der Vergangenheit nicht so. Gerade die Stadt FFB und die CSU-Stadtratsfraktion haben die Bürgerinitiative "S4-Ausbau jetzt!" hängen lassen. Trotz der guten Kontakte der CSU zur Staatsregierung wurde der Ausbau der S4-Strecke seit 1991 immer wieder verschleppt und ist auch heute noch mehr als fraglich. Die jetzigen punktuellen Erfolge auf den Bahnhöfen FFB und Buchenau verdanken wir dem öffentlichen Druck eines großen Aktionsbündnisses von Bürger/innen, und letztendlich einem Antrag der Grünen im Stadtrat im Dez. 2016. In dessen Auftrag und nicht aus Eigeninitiative verhandelte Hr. Raff hier erfolgreich mit der Staatsregierung. Dass man diese punktuellen Maßnahmen vorzieht deutet auch darauf hin, dass wir noch sehr lange auf den Ausbau der Gesamtstrecke warten müssen!</p>		
0	1	3
<p><b>Gesamt-Wertung:</b></p>		
3	7	10
<p>BUND Naturschutz Ortsgruppe FFB+Emmering, Vorsitzender Fiete Meyer-Stach, Zeppelinstr.10, 82256 Fürstenfeldbruck</p>		